

Johannes Bode

Die Problematik der Willensbildung in der Einheitsgesellschaft

Betrachtung am Beispiel der GmbH & Co. KG

disserta
Verlag

**Bode, Johannes: Die Problematik der Willensbildung in der Einheitsgesellschaft.
Betrachtung am Beispiel der GmbH & Co. KG, Hamburg, disserta Verlag, 2018**

Buch-ISBN: 978-3-95935-426-4

PDF-eBook-ISBN: 978-3-95935-427-1

Druck/Herstellung: disserta Verlag, Hamburg, 2018

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades
des Fachbereichs Rechtswissenschaften der Universität Osnabrück

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden und die Diplomica Verlag GmbH, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Alle Rechte vorbehalten

© disserta Verlag, Imprint der Diplomica Verlag GmbH
Hermannstal 119k, 22119 Hamburg
<http://www.disserta-verlag.de>, Hamburg 2018
Printed in Germany

Gliederung

Gliederung.....	5
Inhaltsverzeichnis	6
Literaturverzeichnis	14
Abkürzungsverzeichnis.....	22
§ 1 Einleitung.....	23
§ 2 Hintergründe zur Einheitsgesellschaft.....	24
A. Historische Entwicklung der Einheitsgesellschaft	24
B. Rechtliche Zulässigkeit der Einheitsgesellschaft	25
§ 3 Vorteile und praktische Bedeutung	27
A. Vorteile der Einheits-GmbH & Co. KG	27
B. Praktische Bedeutung der Einheits-GmbH & Co. KG	28
§ 4 Darstellung der Willensbildungsproblematik.....	30
A. Problemaufriss zur Willensbildung in der Einheitsgesellschaft.....	30
B. Vertiefte Darstellung und Herleitung der Problematik.....	31
C. Zusammenfassung der Willensbildungsproblematik.....	45
§ 5 Willensbildung in der Einheits-GmbH & Co. KG	47
A. Gang der Untersuchung der Willensbildungsproblematik	47
B. Grundproblem: Stimmrechtsausschluss des Geschäftsführers?	48
C. Folgeproblem: Kompetenzverlagerung auf die Kommanditisten?.....	92
D. Zusammenfassung und Ergebnis zur Willensbildung in der Einheitsgesellschaft	132
§ 6 Rechtsformübergreifende Anwendbarkeit und Kapitalschutz.....	134
A. Rechtsformübergreifende Anwendbarkeit.....	134
B. Kapitalschutz	136
§ 7 Fazit	138

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Einleitung.....	23
§ 2	Hintergründe zur Einheitsgesellschaft.....	24
A.	Historische Entwicklung der Einheitsgesellschaft	24
I.	GmbH & Co. KG als Ausgangspunkt der Entwicklung.....	24
II.	Beteiligungsidentliche GmbH & Co. KG als Weiterentwicklung	24
III.	Einheits-GmbH & Co. KG als letzte Konsequenz	25
B.	Rechtliche Zulässigkeit der Einheitsgesellschaft	25
§ 3	Vorteile und praktische Bedeutung	27
A.	Vorteile der Einheits-GmbH & Co. KG	27
I.	Keine Verzahnung der Gesellschaftsverträge nötig.....	27
II.	Erleichterte Anteilsübertragung und Satzungsänderung	27
III.	Weitere praktische und steuerliche Aspekte.....	28
B.	Praktische Bedeutung der Einheits-GmbH & Co. KG	28
§ 4	Darstellung der Willensbildungsproblematik.....	30
A.	Problemaufriss zur Willensbildung in der Einheitsgesellschaft.....	30
B.	Vertiefte Darstellung und Herleitung der Problematik.....	31
I.	Grundlagen zur Willensbildung in der Einheits-GmbH & Co. KG	31
1.	Willensbildung auf der Ebene der KG.....	31
a)	Unterscheidung anhand des § 164 S. 1 HGB.....	32
b)	Zwischenergebnis zur Willensbildung auf der Ebene der KG.....	32
2.	Willensbildung auf der Ebene der GmbH	33
3.	Zusammenfassung der Funktionsweise der Willensbildung	34
II.	Konsequenzen aus dieser Funktionsweise.....	34
1.	Notwendige Differenzierung anhand des Entscheidungsgegenstands	34
a)	Behandlung von primär in der KG zu treffenden Entscheidungen	34
aa)	Mitwirkungsfreie, laufende Geschäftsführungsmaßnahmen.....	34

bb) Mitwirkungspflichtige Geschäftsführungsmaßnahmen	35
cc) Zwischenergebnis: Willensbildung innerhalb der KG hier unbeachtlich	36
b) Behandlung von in der GmbH zu treffenden Entscheidungen.....	36
aa) Entscheidungskompetenz des Geschäftsführers über Gesellschafterrechte?.....	36
bb) Unbeschränkte Entscheidungskompetenz der Geschäftsführer	37
cc) Auswirkungen einer Mitwirkungspflicht der Kommanditisten?	38
(1) Keine Entscheidung des Geschäftsführers in eigenen Angelegenheiten?	38
(2) Grundsätzlich unbeschränkte Vertretungsmacht des Geschäftsführers?	39
(3) Begrenzung durch die Grundsätze des Missbrauchs der Vertretungsmacht?....	40
(a) Tatbestand des Missbrauchs der Vertretungsmacht	40
(b) Übertragbarkeit auf die Stimmabgabe bei der Einheitsgesellschaft.....	41
(4) Zwischenergebnis: Mitwirkung in der KG ist unbeachtlich	42
2. Ergebnis: Nur die Willensbildung in der GmbH ist beachtlich.....	42
III. Vorliegen eines Interessenkonflikts des Geschäftsführers	43
IV. Stimmrechtsausschluss als Folge des Interessenkonflikts?	43
V. Konsequenzen des (Nicht-)Vorliegens eines Stimmverbots?	44
C. Zusammenfassung der Willensbildungsproblematik.....	45
§ 5 Willensbildung in der Einheits-GmbH & Co. KG	47
A. Gang der Untersuchung der Willensbildungsproblematik	47
B. Grundproblem: Stimmrechtsausschluss des Geschäftsführers?	48
I. Lösungsansätze der Literatur und Rechtsprechung	48
1. Erster Ansatz: Kein Stimmrechtsausschluss des Geschäftsführers	48
a) Begründung nach Auffassung verschiedener Literaturansichten.....	48
aa) Argument: Vergleich der Einheits- mit der Einpersonengesellschaft.....	49
(1) Behauptung: Einheitsgesellschaft sei Einpersonengesellschaft	49
(a) Kein Stimmverbot in der Einpersonengesellschaft.....	49
(b) Umfassende Kompetenz des Alleingesellschafters	49
(c) Zwischenergebnis zu dieser Behauptung.....	50
(2) Dagegen: Gerade keine Vergleichbarkeit der Gesellschaftsformen.....	50

(a) Keine Vergleichbarkeit wegen möglicher Kompetenzverlagerung.....	50
(aa) Darstellung der Situation bei der Einpersonengesellschaft.....	50
(i) Erste Alternative: Alleingesellschafter ist Geschäftsführer	51
(ii) Zweite Alternative: Alleingesellschafter bestellt Fremdgeschäftsführer..	51
(iii) Zusammenfassung der Situation bei der Einpersonengesellschaft	52
(bb) Vergleich zur Situation bei der Einheitsgesellschaft	52
(cc) Zwischenergebnis: Unmöglichkeit der Kompetenzverlagerung.....	52
(b) Keine Vergleichbarkeit mangels Interessenkonflikts	53
(aa) Individualinteresse entspricht Gesellschaftsinteresse	53
(bb) Zwischenergebnis: Kein Interessenkonflikt bei Einpersonengesellschaft..	54
(c) Keine Vergleichbarkeit wegen unternehmensfremdem Geschäftsführer	54
(3) Zwischenergebnis: keine Vergleichbarkeit der beiden Gesellschaftsformen.....	55
bb) Argument: Ausreichende Handlungsmöglichkeiten der Kommanditisten	55
(1) Darstellung vermeintlicher Handlungsmöglichkeiten im Einzelnen	55
(a) Klageweise Durchsetzung nach §§ 117, 133, 140, 161 Abs. 2 HGB	56
(b) Informationsrechte der GmbH gemäß § 51a GmbHG	56
(c) Notbestellung gemäß § 29 BGB.....	56
(2) Dagegen: Praxisuntauglichkeit der Handlungsvarianten	57
(a) Zu hoher Zeit- und Kostenfaktor der Handlungsmöglichkeiten	57
(b) Praktisch untragbare Ergebnisse der Handlungsalternativen	57
(c) Vorliegen einer anderen Interessenlage im Fall der Einheitsgesellschaft	57
(d) Vorliegen eines wichtigen Grundes bei den Handlungsmöglichkeiten.....	58
(3) Zwischenergebnis: Daher keine ausreichenden Handlungsmöglichkeiten	58
b) Begründung nach dem sogenannten Becks-Urteil des BGH.....	59
aa) Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Urteils	59
(1) Darstellung des zugrunde liegenden Sachverhalts	59
(2) Darstellung der wesentlichen rechtlichen Erwägungen des BGH	60
bb) Vorüberlegungen hinsichtlich der wesentlichen Aussagen	60
cc) Analyse der wesentlichen Aussagen des BGH zur Willensbildung	61
(1) Kündigung des Geschäftsführeranstellungsvertrags durch die Gesellschafter..	61

(2) Vertretungsbefugnis der Geschäftsführer in der Gesellschafterversammlung ..	61
(a) Dazu Urteilsanmerkung von <i>Gehrlein</i>	62
(b) Dazu OLG Hamburg, Urteil vom 22. März 2013	63
(c) Dazu OLG Celle, Beschluss vom 6. Juli 2016	64
(d) Zusammenfassung und Zwischenergebnis	64
(3) Stimmverbot des betroffenen Geschäftsführers bei Beschlussfassung?	65
(a) Dazu Anmerkungen der Literatur und obergerichtliche Rechtsprechung	65
(b) Stellungnahme zum Stimmverbot im Rahmen des Urteils	65
dd) Zwischenergebnis zum Becks-Urteil: Kein Stimmrechtsausschluss	66
c) Zwischenergebnis: Erster Ansatz nicht überzeugend	67
2. Zweiter Ansatz: Stimmrechtsausschluss des Geschäftsführers	68
a) Wirtschaftliche Begründung des Stimmrechtsausschlusses	68
b) Dogmatischer Anknüpfungspunkt des Stimmrechtsausschlusses	69
aa) Halten eigener Anteile gemäß §§ 71b und 71d AktG	69
bb) Grundsatz des Richtens in eigenen Angelegenheiten	69
c) Zwischenergebnis: Zweiter Ansatz nur im Ergebnis überzeugend	70
3. Dritter Ansatz: Stimmverbot nur in bestimmten Fällen	71
a) Dogmatische Anknüpfung: Ergänzende Vertragsauslegung	71
b) Dagegen: Keine Disposition der Stimmverbote	71
c) Zwischenergebnis: Dritter Ansatz nicht überzeugend	72
4. Auswertung der unterschiedlichen Lösungsansätze	72
II. Stellungnahme zum Stimmrechtsausschluss des Geschäftsführers	73
1. Dogmatische Herleitung des Stimmverbots	73
a) Allgemeiner Grundsatz der Befangenheit	73
aa) Allgemeine Grundlagen zu Stimmverboten	73
bb) Differenzierung „Richter in eigener Sache“ und „Insichgeschäft“	74
cc) Zwischenergebnis zum allgemeinen Grundsatz der Befangenheit	75
b) Bedeutung der Kodifikation der Stimmverbote	75
aa) Befangenheit als Grundlage gesetzlicher Stimmverbote	75
bb) Kein pauschaler Stimmrechtsausschluss	77

cc) Über den Wortlaut hinausgehende Anwendbarkeit	77
(1) Vergleichbarkeit mit gesetzlich normierten Stimmverboten.....	77
(a) Vergleichbarkeit hinsichtlich der Entscheidungssituation.....	77
(b) Vergleichbarkeit hinsichtlich des Beschlussgegenstands.....	78
(c) Vorrang der Wertung des sachnächsten Stimmverbots	79
(2) Dogmatische Anknüpfung des Stimmrechtsausschlusses	79
(a) Analoge Anwendung der normierten Stimmverbote	79
(b) Ausprägung eines allgemeinen Grundsatzes.....	80
c) Zwischenergebnis und Voraussetzungen eines Stimmverbots	81
2. Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Einheitsgesellschaft.....	81
a) Vorliegen eines Interessenkonflikts.....	81
b) Vorrang der Wertungen des § 47 Abs. 4 GmbHG.....	82
c) Anwendbarkeit des Grundsatzes auf den Geschäftsführer.....	83
aa) Keine Umgehung des Stimmverbots durch Einschalten eines Geschäftsführers .	83
bb) Geschäftsführer hätte weiterreichende Kompetenzen als Gesellschafter.....	84
cc) Zwischenergebnis zur Anwendbarkeit auf den Geschäftsführer	84
d) Vergleichbarkeit mit kodifizierten Stimmverboten.....	85
aa) Vergleichbarkeit der Entscheidungssituationen.....	85
bb) Vergleichbarkeit der Beschlussgegenstände	85
(1) Beschlussgegenstände gemäß § 47 Abs. 4 GmbHG.....	85
(2) Beschlussgegenstände gemäß § 46 Nr. 5, 6 und 8 GmbHG	86
(3) Weitere Beschlussgegenstände.....	87
(4) Zwischenergebnis zu vergleichbaren Beschlussgegenständen.....	88
e) Zwischenergebnis zu Stimmverboten bei Befangenheit	88
f) Disponibilität der Stimmverbote im Fall der Einheitsgesellschaft	89
aa) Genereller Umfang der Befreiung vom Stimmverbot	89
bb) Form der Befreiung vom Stimmverbot	89
cc) Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Einheitsgesellschaft.....	90
dd) Zusammenfassung der Ergebnisse hinsichtlich der Disponibilität	91
3. Allgemeine Rechtsfolgen eines Stimmverbots	91

4. Zwischenergebnis: Stimmverbot nach Prüfung im Einzelfall	91
III. Gesamtergebnis zum Stimmrechtsausschluss des Geschäftsführers	92
C. Folgeproblem: Kompetenzverlagerung auf die Kommanditisten?.....	92
I. Gang der Untersuchung des Problems der Kompetenzverlagerung	93
II. Grundsätzliche Möglichkeit der Kompetenzverlagerung	94
III. Dogmatik der Kompetenzverlagerung auf die Kommanditisten	94
1. Literaturansichten zur Kompetenzverlagerung und kautelarjuristische Lösung	95
a) Lösungsansätze der Literatur zur Dogmatik der Kompetenzverlagerung	95
aa) Kompetenzverlagerung nur bei (empfohlener) vertraglicher Regelung	95
bb) Kompetenzverlagerung aufgrund zwingender vertraglicher Regelung	96
cc) Kompetenzverlagerung kraft ergänzender Vertragsauslegung	96
dd) Automatische Kompetenzverlagerung auch ohne jegliche vertragliche Abrede	97
ee) Zusammenfassung der Lösungsansätze	98
b) Darstellung der kautelarjuristischen Lösungsmöglichkeiten	98
aa) Darstellung der organschaftlichen Lösung	99
bb) Darstellung der Vollmachtslösung	100
(1) Dogmatische Einordnung der Vollmachtserteilung	100
(2) Inhaltliche Anforderungen und Standort der Regelung	100
(a) Standort der Regelung zur Erteilung der Vollmacht	101
(b) Neben der Vollmachtserteilung auch Übertragung der Geschäftsführung ...	101
(c) (Un-)Widerrufbarkeit der Vollmachtserteilung	102
(d) Ausgestaltung der Kommanditistenversammlung und Weisungsrecht	102
(3) Zwischenergebnis zur Vollmachtslösung	103
cc) Darstellung der Bereitslösung	103
dd) Weitere alternative oder zusätzliche (gesellschafts-) vertragliche Abreden	103
c) Zwischenergebnis zu den Lösungsansätzen der Literatur	104
2. Kompetenzverlagerung nach Ansicht der Rechtsprechung	105
a) Ausführungen des BGH im Becks-Urteil	105
aa) Grundsätzlich: Entscheidungskompetenz der Geschäftsführer	105
bb) Konsequenzen aus diesem Grundsatz	105

cc) Zusammenfassung und Ergebnis	106
b) Ausführungen des OLG Hamburg	107
c) Ausführungen des OLG Celle.....	107
aa) Ausführungen zur Dogmatik der Kompetenzverlagerung	107
bb) Zur kautelarjuristischen Lösung	108
d) Zwischenergebnis zur Kompetenzverlagerung nach der Rechtsprechung.....	108
3. Stellungnahme zur Dogmatik der Kompetenzverlagerung.....	109
a) Konsequenzen und Dogmatik der hier vertretenen Auffassung.....	110
aa) Zusammenfassung der hier vertretenen Auffassung zum Stimmverbot	110
(1) Entstehung der grundsätzlichen Ausgangsproblematik	110
(2) Stimmrechtsausschluss nach Prüfung im Einzelfall	111
(3) Voraussetzungen eines Stimmverbots im Einzelfall	111
bb) Konsequenzen bei Nichtvorliegen eines Stimmverbots	112
cc) Konsequenzen bei Vorliegen eines Stimmverbots	112
(1) Alternative 1: Nur eine Person zum Geschäftsführer bestellt	112
(a) Übertragung der Entscheidungskompetenz auf Kommanditisten	112
(aa) Dogmatik der Kompetenzübertragung	113
(i) Dazu in der Literatur vorhandene Überlegungen	113
(ii) Tatsächlich: Gesellschaftsrechtlicher Akt sui generis	114
(bb) Kein Verstoß gegen den numerus clausus der Gesellschaftsformen.....	115
(cc) Kein Verstoß gegen §§ 164 und 170 HGB	115
(dd) Zusammenfassung und Zwischenergebnis	115
(b) Besonderheiten bei versuchter Beschlussfassung durch Geschäftsführer....	116
(aa) Nichtigkeit des Beschlusses nach § 241 Nr. 3 AktG analog	116
(bb) Keine Eintragung und Nichtigkeitsfeststellungsklage.....	117
(cc) Beschlussfassung durch die Kommanditisten.....	117
(dd) Zusammenfassung der Konsequenzen in dieser Konstellation	118
(c) Besonderheiten bei direkter Beschlussfassung durch die Kommanditisten ..	118
(2) Alternative 2: mehrere Personen zu Geschäftsführern bestellt	118
(a) Grundsätzlich keine Übertragung der Entscheidungskompetenz.....	119

(aa) Gesamtvertretungsbefugnis gemäß § 35 Abs. 2 S. 1 GmbHG	119
(bb) Satzungsmäßig abweichend geregelte Vertretungsbefugnis.....	119
(b) Ausnahmsweise Kompetenzübertragung	120
(3) Zusammenfassung der Konsequenzen bei Vorliegen eines Stimmverbots.....	121
dd) Auswirkung vertraglicher Abreden auf diese Konsequenzen	122
ee) Ergebnis zu Konsequenzen und Dogmatik der hier vertretenen Auffassung	122
b) Vereinbarkeit mit bisher zur Einheitsgesellschaft ergangener Rechtsprechung	122
c) Vorteile einer einzelfallbezogenen Betrachtung.....	123
d) Stellungnahme zu den kautelarjuristischen Lösungsmöglichkeiten.....	124
aa) Stellungnahme zur organschaftlichen Lösung	125
bb) Stellungnahme zur Beiratslösung	126
cc) Stellungnahme zur Vollmachtslösung	126
(1) Bestimmtheit durch Regelung im Gesellschaftsvertrag der KG	126
(2) Kein Verstoß gegen § 170 HGB und § 164 HGB	127
(3) Unwiderrufbarkeit der Vollmacht	127
(4) Gewerbliche Prägung trotz Willensbildung durch die Kommanditisten	128
(5) Ausgestaltung der Gesellschaftsverträge	128
e) Kongruenz zwischen vertraglicher Lösung und einzelfallbezogener Betrachtung.	131
f) Zwischenergebnis zur Stellungnahme	131
IV. Gesamtergebnis zur Verlagerung der Willensbildung.....	132
D. Zusammenfassung und Ergebnis zur Willensbildung in der Einheitsgesellschaft	132
§ 6 Rechtsformübergreifende Anwendbarkeit und Kapitalschutz	134
A. Rechtsformübergreifende Anwendbarkeit	134
I. Anwendbarkeit auf die Einheitskapitalgesellschaft & Co. KG	134
II. Anwendbarkeit auf die Einheitskapitalgesellschaft & Co. KGaA	134
III. Ergebnis zur rechtsformübergreifende Anwendbarkeit.....	136
B. Kapitalschutz	136
§ 7 Fazit	138

Literaturverzeichnis

- Altmeppen, Holger / Roth
Günter* Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG), 8. Auflage, München 2015 [zitiert: *Bearbeiter* in Roth/Altmeppen, GmbHG].
- Bahnsen, Volker* Gestaltung einer GmbH & Co. KG als „Einheitsgesellschaft“, GmbHR 2001, Seite 186.
- Bälz, Ulrich* Anmerkung zu BGH, Urteil vom 16. Juli 2007, Az.: II ZR 109/06, WuB II G. § 46 GmbHG 1.07 = WuB 2007, Seite 855.
- Bamberger, Heinz Georg /
Roth, Herbert* (Hrsg.) Beck'scher Online-Kommentar BGB, Stand: 43. Edition 15. Juni 2017, München [zitiert: *Bearbeiter* in BeckOK, BGB].
- Baumbach, Adolf* (Begr.) /
Hopt, Klaus Handelsgesetzbuch, 37. Auflage, München 2016.
- Baumbach, Adolf* (Begr.) /
Hueck, Alfred GmbHG: Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, 21. Auflage, München 2017.
- Binz, Mark / Rosenbauer,
Iris* Beurkundungspflicht bei der Veräußerung von Anteilen an einer GmbH & Co. KG?, NZG 2015, Seite 1136.
- Binz, Mark / Sorg, Martin* Die GmbH & Co. KG im Gesellschafts- und Steuerrecht, 11. Auflage, München 2010.
- Boujong, Karlheinz / Eben-
roth, Carsten Thomas /
Joost, Detlev* (Begr.) Handelsgesetzbuch, Band 1: §§ 1-342e, *Joost, Detlev / Strohn, Lutz* (Hrsg.), 3. Auflage, München 2014 [zitiert: *Bearbeiter* in EBJS, HGB].
- Breithaupt, Joachim / Ot-
tersbach, Jörg* (Hrsg.) Kompendium Gesellschaftsrecht, München 2010.
- Brosius, Jan / Frese, Yorck* Konflikte bei der Willensbildung in der Einheitsgesellschaft, NZG 2016, Seite 808.
- Bülow, Peter* Zur wechselseitigen Beteiligung bei der GmbH & Co. KG - Institutionsmissbrauch oder institutionsgerechter Gebrauch?, DB 1982, Seite 527.
- Casper, Matthias* Die Einheits-GmbH & Co. KG – Allheilmittel zur Lösung von Verzahnungsproblemen oder Abbild eines Schlangenmenschen?, in: Festschrift für Eberhard Stilz zum 65. Geburtstag, *Matthias Habersack, Karl Huber, Gerald Spindler* (Hrsg.), München 2014, Seite 111.
- Deutsches Notarinstitut* Stimmverbote in der Einheitsgesellschaft – GmbHG § 47 Abs. 4, DNotI-Report 2010, Seite 154 [zitiert: DNotI-Report 2010, 154].

<i>Deutsches Notarinstitut</i>	GmbHG §§ 38, 46 Nr. 5; HGB §§ 161 Abs. 2, 117 – GmbHG & Co. KG; Einheitsgesellschaft; Abberufung des einzigen Geschäftsführers der Komplementär-GmbH, Gutachten des Deutschen Notarinstituts, Abruf-Nr.: 127588 vom 14. November 2013 [zitiert: DNotI, Gutachten, Abruf-Nr.: 127588].
<i>Drygala, Tim / Staake, Marco / Szalai, Stephan</i>	Kapitalgesellschaftsrecht, Heidelberg u.a. 2012.
<i>Eckhardt, Dirk / Hermanns, Marc (Hrsg.)</i>	Kölner Handbuch Gesellschaftsrecht, 2. Auflage, Köln 2014.
<i>Emmerich, Volker / Habersack, Mathias (Begr.)</i>	Aktien- und GmbH-Konzernrecht, 8. Auflage, München 2016.
<i>Esch, Günter</i>	Die GmbH & Co. Als Einheitsgesellschaft, BB 1991, Seite 1129.
<i>Fleck, Hans-Joachim</i>	Die sogenannte Einheitsgesellschaft – ein funktionsfähiges Gebilde?, in: Festschrift für Johannes Semler zum 70. Geburtstag, <i>Bierich, Marcus / Hommelhoff, Peter / Kropff, Bruno</i> (Hrsg.), Berlin / New York 1993, Seite 115.
<i>Freudenberg, Götz</i>	Ausgewählte Rechtsfragen der GmbH & Co. KG, in: Festschrift für Mark K. Binz, <i>Dauner-Lieb, Barbara / Freudenberg, Götz / Werner, Götz</i> (Hrsg.), München 2014, Seite 207.
<i>Gehrlein, Markus</i>	BB-Kommentar zu BGH, Urteil vom 16. Juli 2007, Az.: II ZR 109/06, BB 2007, Seite 1914.
<i>Giedinghagen, Jan / Fuchs, Ingo</i>	Zur Satzungsänderung bei der GmbH einer sog. Einheitsgesellschaft, EWiR 2016, Seite 755.
<i>Giehl, Christoph</i>	Willensbildung in der Einheits-GmbH & Co. KG – zugleich Anmerkung zum Urteil des BGH vom 16.7.2007, II ZR 109/06, MittBayNot 2008, Seite 268.
<i>Gonnella, Robert / Mikic, Sanja</i>	Die Kapitalgesellschaft & Co. KGaA als “Einheitsgesellschaft“, AG 1998, Seite 508.
<i>Göz, Phillip</i>	Die Nachfolgeregelung bei der GmbH & Co. KG, NZG 2004, 345.

<i>Großkommentar</i>	Handelsgesetzbuch, <i>Staub, Hermann</i> (Begr.) • Zweiter Band: §§ 105-237, 4. Auflage, Berlin 2004 [zitiert: <i>Bearbeiter</i> in Großkomm., HGB, Bd. 2, 4. Aufl.]; • Dritter Band: §§ 105-160, 5. Auflage, Berlin 2009; • Vierter Band: §§ 161-236, 5. Auflage, Berlin 2015.
<i>Grunewald, Barbara</i>	Gesellschaftsrecht, 9. Auflage, Tübingen 2014.
<i>Gummert, Hans</i> (Hrsg.)	Münchener Anwaltshandbuch Personengesellschaftsrecht, 2. Auflage, München 2015 [zitiert: <i>Bearbeiter</i> in Gummert, MAH PersGesR].
<i>Gummert, Hans / Weipert, Lutz</i> (Hrsg.)	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts, Band 2, 4. Auflage 2014 [zitiert: <i>Bearbeiter</i> in MünchHdb GesR, Bd. 2].
<i>Habersack, Mathias / Schäfer, Carsten</i>	Das Recht der OHG, Kommentierung der §§ 105 bis 160 HGB, Berlin / New York 2010 [zitiert: <i>Bearbeiter</i> in Habersack/Schäfer, OHG].
<i>Hahn, Nicco</i>	Die Beschlussfassung in der GmbH & Co. KG als Einheitsgesellschaft, diss. iur. Tübingen 2003, Europäische Hochschulschriften, Frankfurt am Main 2004 [zitiert: <i>Hahn, Einheitsgesellschaft</i>].
<i>Heidenhain, Martin / Meister Burkhardt</i> (Hrsg.)	Münchener Vertragshandbuch, Band 1 Gesellschaftsrecht, 7. Auflage, München 2011 [zitiert: <i>Bearbeiter</i> in: Heidenhain/Meister, MAH Bd. 1 GesR].
<i>Henssler, Martin / Strohn, Lutz</i>	Gesellschaftsrecht, 3. Auflage, München 2016.
<i>Hesselmann, Malte / Tillmann, Bert / Mueller-Thuns, Thomas</i>	Handbuch GmbH & Co. KG, <i>Müller-Thuns, Thomas</i> (Hrsg.), 21. Auflage, Köln 2016 [zitiert: <i>Bearbeiter</i> in HTM, HdB GmbH & Co. KG].
<i>Hippeli, Michael</i>	Satzungsänderungen bei der Komplementär-GmbH einer sog. Einheitsgesellschaft, jurisPR-HaGesR 11/2016, Anm. 2.
<i>Hoffmann-Becking, Michael / Gebele, Alexander</i> (Hrsg.)	Beck'sches Formularbuch Bürgerliches, Handels- und Wirtschaftsrecht, 12. Auflage, München 2016 [zitiert: <i>Bearbeiter</i> in Hoffmann-Becking/Gebele, Formularbuch].
<i>Hueck, Alfred</i>	Das Recht der offenen Handelsgesellschaft, 4. Auflage, Berlin / New York 1971.